

Datenschutzinformationen – Hinweisgebersystem der Rhenus Lub GmbH & Co KG

Wir haben ein Hinweisgebersystem eingerichtet, über das wir Meldungen von hinweisgebenden Personen entgegennehmen. Im Zusammenhang mit der Entgegennahme und der nachfolgenden Bearbeitung von Meldungen verarbeiten wir unter Umständen personenbezogene Daten, sofern uns solche mitgeteilt werden. Nachfolgend informieren wir die hinweisgebenden Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Hinweisgebermeldungen.

1. Verantwortliche Stelle / Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Rhenus Lub GmbH & Co KG

Anschrift: Hamburgerring 45, 41179 Mönchengladbach
Telefon: +49 (0) 2161 5869 0
E-Mail: datenschutz@rhenusweb.de

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter den folgenden Kontaktdaten:

OK Legal IT GmbH

Anschrift: Kaistraße 4a , 40221 Düsseldorf
Telefon: +49 (0) 211 955888 77
E-Mail: datenschutz@oklegalit.com

2. Zweck und Umfang der Datenverarbeitung

Im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Hinweisgebermeldungen über unsere Meldekanäle verarbeiten wir personenbezogene Daten, die uns durch die hinweisgebenden Personen mitgeteilt werden. Insofern kann es sich grundsätzlich um personenbezogene Daten der hinweisgebenden Person selbst oder anderer von der hinweisgebenden Person benannter Personen handeln. Wir erhalten die Hinweisgebermeldungen von externen Rechtsanwälten, die wir zur Ermöglichung anonymer Meldungen als Ombudsstelle mit der Entgegennahme von Hinweisgebermeldungen beauftragt haben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Hinweisgebermeldungen im Anwendungsbereich des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) erfolgt zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten im Zusammenhang mit der Einrichtung einer internen Meldestelle und der Einrichtung und dem Betrieb von Meldekanälen zur Entgegennahme von Hinweisgebermeldungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, § 10 HinSchG).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Hinweisgebermeldungen, die außerhalb des Anwendungsbereichs des Hinweisgeberschutzgesetzes liegen, erfolgt zur Wahrung unserer berechtigten Interessen an der Aufklärung der entsprechenden Hinweisgebermeldungen sowie der Ergreifung der erforderlichen Folgemaßnahmen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO). Soweit die Datenverarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen erfolgt, haben betroffene Personen unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen.

Die verarbeiteten personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Bearbeitung von Hinweisgebermeldungen unter Umständen gegenüber externen Beratern (z.B. Rechtsanwälten) offengelegt, soweit dies für

die ordnungsgemäße Bearbeitung von Hinweisgebermeldungen erforderlich ist. Zudem kann im Rahmen von Folgemaßnahmen unter Umständen eine Offenlegung gegenüber zuständigen Behörden (z.B. Strafverfolgungsbehörden) erfolgen.

Die eingehenden Meldungen und darin enthaltene personenbezogene Daten werden für eine Dauer von drei Jahren nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens gespeichert. Im Anwendungsbereich des Hinweisgeberschutzgesetzes sind wir zu einer dreijährigen Speicherung der Dokumentation verpflichtet (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, § 11 Abs. 5 HinSchG). Auch Hinweisgebermeldungen außerhalb des Anwendungsbereichs des Hinweisgeberschutzgesetzes speichern wir für denselben Zeitraum (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, § 11 Abs. 5 HinSchG). Darüber hinaus erfolgt eine Speicherung personenbezogener Daten nur, soweit dies im jeweiligen Einzelfall im Rahmen von Folgemaßnahmen oder zur Geltendmachung rechtlicher Ansprüche oder zur Erfüllung sonstiger gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich ist.

3. Rechte der betroffenen Personen

Betroffene Personen, deren personenbezogene Daten wir verarbeiten, haben bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen das Recht, von uns jederzeit Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO), deren Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen. Darüber hinaus besteht ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).

Unter bestimmten Umständen besteht zudem das Recht, der Verarbeitung personenbezogener Daten zu widersprechen (Art. 21 DSGVO).

Wir möchten darauf hinweisen, dass die Geltendmachung einzelner Rechte der betroffenen Personen unter Umständen aufgrund von Ausnahmegesetzen beschränkt oder ausgeschlossen sein kann. Durch die Vorschriften des Hinweisgeberschutzgesetzes sind wir insbesondere zur Wahrung einer strengen Vertraulichkeit der Identität der hinweisgebenden Personen, der Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, und der sonstigen in einer Meldung genannten Personen verpflichtet.

Sofern personenbezogene Daten auf Grundlage einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO) verarbeitet werden, haben betroffene Personen das Recht, eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund einer erteilten Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitungen bleibt unberührt.

Betroffene Personen haben daneben das Recht zur Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO). Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist der/die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf, Telefon: +49 211-38424-0, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de, Internet: www.ldi.nrw.de. Beschwerden können jedoch auch bei anderen Datenschutzaufsichtsbehörden erhoben werden.

* * *